

Abänderungsantrag
der Grünen im Oberösterreichischen Landtag
zur Beilage 906/2018, Voranschlag des Landes Oberösterreich für das
Verwaltungsjahr 2019,
zur Budgetgruppe 2 - Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft, betreffend die
Modernisierung der Oö. Pflichtschulen

Der Oö. Landtag möge beschließen:

Im Teilabschnitt 21030 (Errichtung und Erweiterung von allgemeinbildenden Pflichtschulen) wird der in der Voranschlagsstelle 1/210305/7355, Investitionsbeiträge an Gemeinden, veranschlagte Betrag von

	19.600.000,-- Euro
um den Betrag von	5.000.000,-- Euro
auf den Betrag von	24.600.000,-- Euro

erhöht.

Zur Bedeckung werden die im Art. III/5 bereitgestellten Mittel um 4.000.000 Euro, sowie die im Teilabschnitt 1/74940 (Landesgartenschauen) um 1.000.000 Euro gekürzt.

Begründung

Ziel des Oö. Schulbauprogrammes ist es, die Modernisierung der Oö. Schulen konsequent voranzutreiben. In Oberösterreich gibt es aktuell rund 820 Pflichtschulen, in welche von den Gemeinden als Schulerhalter und dem Land OÖ als Fördergeber kontinuierlich zu investieren ist. Der OÖ. Landesrechnungshof führt in einem aktuellen Bericht an, dass 316 Schulen derzeit im Schulbauprogramm zur Sanierung angemeldet sind, rund ein Drittel davon umgesetzt, aber noch nicht ausfinanziert ist. Weitere 20 Prozent der OÖ Pflichtschulen haben Sanierungsbedarf angemeldet, sind aber noch nicht einmal ins Schulbauprogramm aufgenommen. Die Wartezeit für die Realisierung zugesagter Bau- und Sanierungsmaßnahmen beträgt derzeit bis zu über 10 Jahre, die langen Wartelisten können mit den vorhandenen Budgetmitteln nicht zeitgerecht abgearbeitet werden. Um die fälligen Bau- und Sanierungsmaßnahmen ehest abwickeln zu können ist es erforderlich, im Voranschlag des Landes Oberösterreich ausreichend Mittel für die Errichtung und Erweiterung von allgemeinbildenden Pflichtschulen bereitzustellen.

Linz, am 30. November 2018

(Anm.: Fraktion der GRÜNEN)
Hirz, Böker, Schwarz, Mayr, Buchmayr, Kaineder